

wissen

thesen

fakten



Der Wirtschaftsexperte

2 „Die wahre Macht sitzt in Frankfurt“

Die Politikerin

7 „Allein würden wir es nicht schaffen“



wtf.slpb.de

Sächsische Landeszentrale
für politische Bildung



EU-Gelder
für Sachsen
Infografik
Seite 4/5

Europa = Diktatur?

„Die wahre Macht sitzt in Frankfurt“



Von hier aus wird die Geldpolitik der EU gesteuert: Die Europäische Zentralbank hat ihren Sitz in Frankfurt. Finanzexperte Gunther Schnabl ist gegen diese Zentralisierung der europäischen Finanzen.

Prof. Dr. Gunther Schnabl leitet das Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig. Schnabl gilt als Experte für die europäische Finanzpolitik. Er sieht das Vorgehen der Europäischen Zentralbank (EZB) kritisch.

Warum zahlen wir die Schulden anderer Länder?

Das ist eine politische Entscheidung. Der Euro ist ein Prestigeprojekt. Die deutsche Politik hat bei der Einführung versucht, Vorkehrungen zu treffen, damit die EZB keine Staatsschulden finanziert. Diese Sicherheitsmechanismen greifen aber nicht. Es fehlt der Mut, das zu thematisieren.

Steht der Euro vor dem Scheitern?

Ob der Euro scheitert, hängt davon ab, wie viele Staatsan-

leihen die EZB kauft. Der Umfang des Ankaufprogramms beträgt derzeit 1.740 Milliarden Euro bis März 2017. Die ungeheure Dimension zeigt, wie viel Geld eingesetzt werden muss, um den Euro zusammenzuhalten. Es stellt sich natürlich die Frage, wer dieses Geld aufbringt.

Wer zahlt?

Es leiden diejenigen, die Spareinlagen bei Banken und Staatsanleihen haben, da diese nicht mehr verzinst werden. Es leiden auch die Rentner von morgen. Denn viele Rentensysteme basieren auf Erträgen aus Staatsanleihen. Außerdem führt diese Geldpolitik zu einer schleichenden Wirtschaftskrise. Junge Menschen starten dadurch mit geringeren Löhnen ins Berufsleben und haben sozial schlechter abgesicherte Arbeitsplätze.

Was macht die EZB?

Die Europäische Zentralbank (EZB) macht die Geldpolitik in den Staaten, die den Euro eingeführt haben. Sie hat zwei Ziele: Preisstabilität und Wirtschaftswachstum. Die EZB achtet darauf, dass die Preise weder zu schnell noch zu langsam steigen. Beides wäre schlecht für die Wirtschaft.

Das wichtigste Instrument der EZB ist der Leitzins, also der Zins, zu dem sich Banken bei ihr Geld leihen können. Außerdem bestimmt sie den Einlagezins. Diesen Zinssatz erhalten Banken, wenn sie Geld bei der EZB anlegen. Beide Zinssätze sind derzeit sehr niedrig, was die Wirtschaft ankurbeln

soll. Die EZB ist unabhängig. Regierungen können ihr nichts vorschreiben. Die Tagesgeschäfte führt ein Direktorium, das aus einem Präsidenten und Vizepräsidenten sowie vier Mitgliedern besteht, die von den Regierungschefs der Euro-Länder ernannt werden.

Wichtige Entscheidungen trifft der EZB-Rat. In ihm sitzen die Mitglieder des Direktoriums und die Präsidenten der 19 Zentralbanken der einzelnen Euro-Länder. Die Zentralbank in Deutschland ist die Deutsche Bundesbank (BBK). Die EZB und die BBK haben ihren Sitz in Frankfurt/Main.

Wer profitiert?

Zum Beispiel werden Aktien oder Immobilien teurer. Das macht tendenziell reiche Menschen noch reicher, weil sie diese Vermögen besitzen.

In unserem Heft geht es um die „EU-Diktatur Brüssel“. Beherrscht in Wahrheit die EZB in Frankfurt Europa?

Ich würde sagen, ja. Die von mir genannten 1.740 Milliarden Euro stellt die EZB den Regierungen in der Euro-Zone zusätzlich zur Verfügung. Man muss sich nur ausmalen, welche Unruhe es in der Bevölkerung auslösen würde, wenn man diese Summe über Steuern einsammeln oder Ausgaben kürzen müsste.

Wird es den Euro in zehn Jahren noch geben?

Ich glaube, ja. Die politischen Parteien wollen ihn um jeden Preis behalten. Die Umverteilungseffekte sind zwar überall zu beobachten, zugunsten der Reichen und Älteren und zum Nachteil von jungen Leuten und der Mittelschicht. Aber die Menschen sehen diese Zusammenhänge nicht. Die EZB kritisiert kaum jemand. Stattdessen werden die Probleme der Globalisierung oder den Flüchtlingen zugeschoben. Weil es diese Sündenböcke gibt, sind die Politiker nicht gewillt, das Problem zu lösen.

Das klingt so, als lehnten Sie die EU ab.

Nein, auf keinen Fall. Dank der Europäischen Union können sich heute Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital frei innerhalb von Europa bewegen. Das hat den Menschen in Europa Wohlstand gebracht. Jedoch brauchen wir weniger Bürokratie und Zentralisierung in Brüssel und Frankfurt, um wieder mehr Wachstum und damit bessere Perspektiven für die junge Generation zu schaffen. [ala]

Die EU und ihre Feinde

Es gibt gute Gründe für Kritik an der EU. Aber es gibt auch Gegner, die das Bündnis mit einseitigen Aussagen schlechtmachen. Sogenannte Populisten bekommen gerade viel Zustimmung, weil sie mit radikal vereinfachten Lösungen locken. Das finden manche Leute deshalb so toll, weil wir in einer Zeit mit vielen verschiedenen Problemen leben, die auch die EU betreffen. Aber: Scheinbar einfache Lösungen gibt es meistens nicht.

Populisten schimpfen über die EU, weil ...

Richtig ist aber auch, dass ...

Thema Euro

In Deutschland warnt die AfD in ihrem Parteiprogramm vor Kosten und Risiken des Euro. Langfristig würden sich Länder ohne Euro auf dem Weltmarkt besser entwickeln, behauptet die Partei. Deshalb will sie die Gemeinschaftswährung in einem mehrjährigen Übergangsprozess abschaffen.

Der Euro ist zentraler Teil des EU-Wirtschaftsraums. Er macht die EU-Staaten unabhängig von den Schwankungen des US-Dollars. Er sichert Europas Wohlstand, der auch auf Exporten beruht. Der Euro genießt international Vertrauen und ist seit dem Rettungsschirm ESM sicherer als vor der Währungskrise.

Thema Außenpolitik

Der tschechische Staatspräsident Miloš Zeman tritt für eine Außenpolitik ein, die den „eigenen Interessen“ folgt und sich nicht „unterwürfig gegenüber dem Druck aus der EU“ zeigt.

Jedes einzelne europäische Land wäre zu klein, um in einer Liga der Weltmächte mitzuspielen. Die EU hat mehr Einwohner als die USA und Russland zusammen. Mit vereinter Kraft lassen sich Frieden, Wohlstand und Sicherheit besser erhalten.

Thema Flüchtlinge

Für die Entscheidung, viele Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen, wurde Kanzlerin Merkel 2015 hart kritisiert – etwa von Ungarns Ministerpräsident Orbán. Er erklärte die Flüchtlingskrise zum „deutschen Problem“ und warf Merkel vor, sie drücke anderen Regierungschefs ihre Moral auf.

Deutschland hat viele Geflüchtete aufgenommen, weil die Mittelmeerländer damit überfordert waren. Merkel wollte Leben retten. Sie und die EU-Kommission setzen auf Solidarität und gemeinsame Lösungen, nicht auf Abschottung und nicht darauf, dass jedes Land mit diesem Problem allein dasteht. [rab]

Drei Sachsen erzählen, wie ihnen Europa geholfen hat

„Ohne die offenen Grenzen wäre unser Mountainbike-Rennen unvorstellbar“



Albrecht Hänel, 28
Organisator der
Mad East Challenge im Erzgebirge

„Unsere Mad East Challenge ist unter Mountainbikern legendär. Entscheidend für den Kultstatus ist aber, dass wir ein grenzüberschreitendes Rennen im Erzgebirge anbieten können. Seit der ersten Veranstaltung im Jahr 2004 führen unsere Strecken sowohl durch deutsche als auch tschechische Wälder. Das ist einmalig und zieht deshalb auch Fahrer aus Belgien, Polen, Italien oder Österreich an. Ohne die offenen Grenzen wäre dies unvorstellbar. Die EU hat uns zudem finanziell unterstützt, um die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu verbessern. Heute haben wir viele Partner und Freunde jenseits der Grenze. Sie helfen uns bei Behördengängen, bei der Sponsorensuche und natürlich bei der Organisation des Rennens. Und nicht zuletzt sorgen sie dafür, im Mountainbike-affinen Tschechien immer wieder neue Teilnehmer für unser Event zu finden.“ [sem]

„Die EU-Zuschüsse haben den Start in die Selbstständigkeit vereinfacht“



Friedmar Schönherr
Unternehmer aus Drebach

Als leidenschaftlicher Imker und Holztechniker habe ich mich 2010 selbstständig gemacht. Seitdem produziere ich hochwertige Beuten – also Wohnungen für Bienen. Für den Aufbau meiner Firma habe ich auch finanzielle Hilfe von der EU erhalten. Insgesamt einige zehntausend Euro konnte ich so in Maschinen und Materialien investieren. Ohne diese Zuschüsse wäre der Start in die Selbstständigkeit wesentlich schwieriger geworden. Heute laufen die Geschäfte gut. Sogar einen Mitarbeiter habe ich einstellen können. Denn die Nachfrage stimmt. 90 Prozent meiner Bienenbeuten verkaufe ich in Deutschland, die restlichen zehn Prozent exportiere ich in die Schweiz und nach Österreich. Mein Verhältnis zur EU ist daher positiv. Dennoch bin ich der Meinung, dass wir nationale Interessen nicht aus den Augen verlieren sollten. [sem]

„Die Zeit im Ausland hat mir viel gebracht“



Andreas Graf, 21
Tischlerlehrling aus Dresden

Die Erfahrung war sensationell. Sechs Wochen meiner Tischler-Ausbildung habe ich in einem österreichischen Familienbetrieb verbracht. Dort habe ich viel lernen und mit ganz anderen Maschinen als in den Deutschen Werkstätten Hellerau arbeiten können. Aber auch kulturell und menschlich hat mir die Zeit im Bregenzer Wald viel gebracht. Die Sache mit dem Auslandsaufenthalt während meiner Ausbildung war ganz einfach. Bei der Handwerkskammer bin ich auf das Erasmus-Programm gestoßen, mit der die EU internationale Berufserfahrungen fördert. Also habe ich mich beworben und bei meinem Lehrbetrieb und in der Berufsschule um eine Freistellung gebeten. Ich wollte schon immer mal im Ausland arbeiten. Nächstes Jahr, wenn ich mit meiner Tischlerlehre fertig bin, gehe ich vielleicht noch einmal ins Ausland, um neue Techniken zu lernen und so mein Handwerk zu verbessern. Denn leichter als mit dem Erasmus-Programm wird es vermutlich nicht. [sem]

DIE EU-FÖRDERKÜCHE

SO VIEL BEKOMMT SACHSEN VON DER EU

MENÜEMPFEHLUNG 2014–2020

Die Förderung durch die EU erfolgt immer in einem bestimmten Zeitraum. Eine sogenannte Förderperiode geht über sieben Jahre und verfolgt vorher festgelegte Ziele. Das heißt, EU-Fördermittel sollen in dem Zeitraum vor allem für diese Ziele eingesetzt werden. Seit 2000 gibt es diese Form der Förderperioden. In der aktuellen Förderperiode bis 2020 geht es vor allem um Wirtschaftswachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Diese Ziele sind Bestandteil der Entwicklungsstrategie „Europa2020“.

MENÜKARTE

So viel bekommt Sachsen aus EU-Töpfen

MENÜ 1: EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung	2,1 Milliarden €
MENÜ 2: ESF	Europäischer Sozialfonds	663 Millionen €
MENÜ 3: ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums	880 Millionen €

Insgesamt bekommt Sachsen in der aktuellen Förderperiode 5,587 Milliarden Euro von der EU. Davon werden 1,8 Milliarden Euro direkt ausgezahlt und sind nicht an bestimmte Fördertöpfe gebunden.

INGREDIENTS

So wird Sachsen von der EU gefördert

Alle Regionen in der EU haben einen Anspruch auf eine sogenannte Regionalförderung. Allerdings fällt die Höhe dieser Förderung sehr unterschiedlich aus. Die Grundlage für die Berechnung der genauen Förderhöhe pro Region ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (BIP). Liegt dieser Wert unter 75 Prozent des Durchschnittswerts der EU, dann handelt es sich um eine „weniger entwickelte Region“. Somit bekommt diese Region deutlich mehr Fördermittel als eine „stärker entwickelte Region“, bei der das BIP über 90 Prozent liegt. Regionen mit einem BIP zwischen 75 und 90 Prozent nennt man Übergangsregionen. Eine solche Übergangsregion ist Sachsen – zumindest in großen Teilen. Die Ausnahme: die Leipziger Region. Hier ist das BIP bereits höher als 90 Prozent, dort werden also weniger Projekte gefördert. Dieser hohe BIP von über 90 Prozent gilt übrigens für 61 Prozent der gesamten EU-Bevölkerung. Übergangsregionen machen 12 Prozent der EU-Bevölkerung aus.

BIP DER REGIONEN IN SACHSEN

REGION DRESDEN	75–90%
REGION CHEMNITZ	75–90%
REGION LEIPZIG	>90%

MENÜ 1

EFRE

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

Der EFRE in Sachsen fördert vor allem Wissenschaft, Forschung und Innovation. Wenn also beispielsweise ein Unternehmer in eine neue Technologie investieren will, kann er aus dem EFRE-Topf Fördergelder beantragen. Von diesem Geld sollen vor allem kleinere und mittlere Unternehmen (sogenannte KMU) profitieren, denn durch viele KMU wird die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Weitere Förderschwerpunkte: Klimaschutz und nachhaltige Stadtentwicklung.

MENÜ 2

ESF

Europäischer Sozialfonds

Der ESF-Topf fördert zum Beispiel die berufliche Aus- und Weiterbildung. Eine gute Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für Wohlstand. Deshalb gibt es in Sachsen viele ESF-geförderte Projekte, die arbeitssuchende Menschen unterstützen oder bei der Existenzgründung helfen. Die Bekämpfung von Armut und Diskriminierung ist ebenfalls ein ESF-Förderschwerpunkt.

MENÜ 3

ELER

Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums

Das ELER-Programm ist das wichtigste Finanzierungsinstrument der EU für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum. Vom ELER-Topf profitieren nicht nur die landwirtschaftlichen Unternehmen, sondern auch Privatpersonen. Kauft man beispielsweise in einer ländlichen Region einen alten Bauernhof und saniert diesen, dann kann man sich das über die EU fördern lassen. Damit will die EU verhindern, dass der ländliche Raum ausstirbt und junge Menschen wegziehen. Ein weiterer Förderschwerpunkt: der Hochwasserschutz.

EXTRA Zutat

ETZ

Europäische territoriale Zusammenarbeit

Sachsen grenzt an Tschechien und Polen. Deshalb bekommen die Grenzregionen in Sachsen im Rahmen des EFRE-Programms einen gesonderten Förderstatus, wenn sie grenzübergreifende Projekte realisieren – zum Beispiel beim gemeinsamen Hochwasserschutz oder bei kulturellen Veranstaltungen. Dafür stehen in der aktuellen Förderperiode 130 Millionen Euro zur Verfügung.

EXTRA Zutat

LEADER

aus dem Französischen:
Liaison entre actions de développement
de l'économie rurale

Sachsen nutzt ein ganz besonderes Prinzip, um die Gelder aus dem ELER-Topf zu verteilen. Mit der LEADER-Methode können Regionen in Sachsen selbst entscheiden, wofür sie das ELER-Geld ausgeben. Das heißt, die Fördermittelvergabe wird nicht zentral gesteuert, sondern die Menschen vor Ort entscheiden selbst, wie, wo und in welcher Höhe das Geld eingesetzt wird. 30 LEADER-Gebiete gibt es in Sachsen. Insgesamt stehen 455 Millionen Euro im LEADER-Programm aus Mitteln der EU und aus Landesmitteln bereit – ein Spitzenwert in Europa.

SMWA/SMUL

In Sachsen werden die EU-Strukturfonds vom Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) und vom Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL) verwaltet. Eine Ausnahme ist das ESF-Programm: Hier legen auch andere Ministerien wie zum Beispiel das Kultusministerium eigene ESF-Förderprogramme auf.



SMWA

EFRE
ESF



SMUL

ELER

SAB-KASSE

Die Sächsische Aufbaubank (SAB) ist der zentrale Ansprechpartner für Förderprogramme. Hier wird man beraten und stellt den Förderantrag. Sie zahlt auch die Fördergelder aus. Wichtig: Eine EU-Förderung geht nur über die sogenannte Kofinanzierung. Das heißt, man kann sich ein Projekt nicht ausschließlich über EU-Gelder finanzieren lassen, sondern muss einen Teil des Geldes selbst oder über andere Förderprogramme und Landesmittel aufbringen.



SOLIDARITÄTSPRINZIP

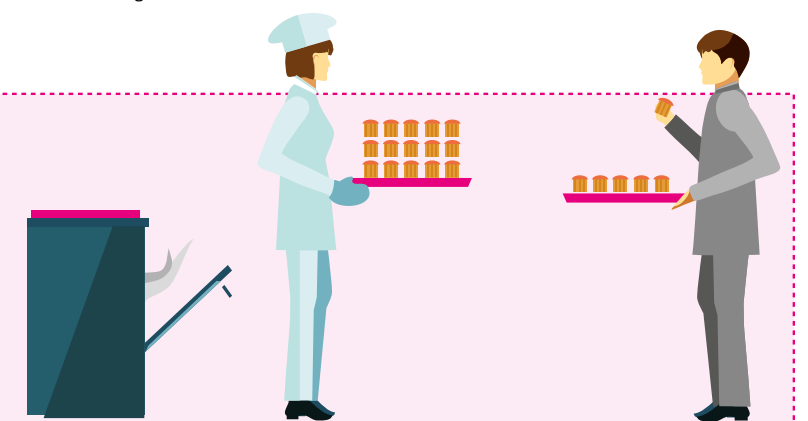
Wie bei einer großen Pizza, die sich alle Staaten gemeinschaftlich teilen, muss man sich das Solidaritätsprinzip der EU vorstellen. Das heißt, die Regionalpolitik folgt dem Gedanken der Solidarität und war von Anfang an ein sehr wichtiger Grundpfeiler einer gemeinsamen politischen Strategie in der EU. 1987 wurde die sogenannte Kohäsionspolitik festgeschrieben. Durch diese Form der Politik werden ärmere Regionen und Regionen, die beispielsweise

durch Abwanderung vor einem Strukturwandel stehen, von der EU unterstützt, um den Rückstand zu anderen Regionen aufzuholen. Der Gedanke dahinter: Geht es allen Regionen in der EU gleich gut, entsteht kein Neid und es lassen sich Konflikte zwischen den Regionen vermeiden. Eine der schlimmsten Folgen wäre ein Krieg. Sachsen ist eine Region, die vom Strukturwandel betroffen ist. Die Folgen der Wiedervereinigung wirken immer noch nach.

RÜCKZAHLUNG

Das zahlt Sachsen an die EU

Das Land Sachsen zahlt kein Geld an die EU – aber die Bundesrepublik. Das Geld aus Deutschland kommt dabei aus drei Quellen: So gehen 75 Prozent der deutschen Zolleinnahmen direkt an die EU, ebenso 0,3 Prozent der Mehrwertsteuer. Dazu kommt noch Geld, das sich aus dem Bruttonationaleinkommen (BNE) errechnet. Im Jahr 2015 zahlte Deutschland pro Einwohner circa 315 Euro an die EU. Im Vergleich: 135 Euro pro Einwohner bekam Deutschland durch Fördermittel der EU zurück.



Das hat es uns gebracht

28 Staaten dürfen mitbestimmen: Da ist es gar nicht so einfach, Entscheidungen zu treffen. #wtf?! hat fünf Erfolge und Probleme der EU aufgelistet.



Foto: © EP/2017

Hilfe bei Geldnot.

Würde ein EU-Staat pleitegehen, brächte das auch die anderen Länder in Gefahr. Infolge der Finanzkrise wurde deshalb ein sogenannter Rettungsschirm beschlossen: Durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bekommt ein Staat im Notfall Geld. Er verpflichtet sich damit aber auch, künftig besser vorzusorgen und seine Schulden abzubauen.

Mehr Mitsprache.

Bei heute 28 Mitgliedsstaaten ist es oft schwer, eine Entscheidung zu fällen. Die Staats- und Regierungschefs wollten jedoch, dass die EU demokratischer, effizienter, transparenter wird. Dafür sorgt der Vertrag von Lissabon, der 2009 nach langen Verhandlungen und Volksabstimmungen in Kraft trat.

Fünf Erfolge

Billiger telefonieren und surfen.

Wer im Urlaub zu Hause anruft oder das Internet nutzt, zahlt teils hohe Zusatzkosten: die sogenannten Roaming-Gebühren. Aber die EU hat für ihre Länder die Kosten in den letzten Jahren stetig gesenkt. Im Juni 2017 sollen sie sogar ganz wegfallen.



Schmidfoto Chemnitz

Hilfe verweigert.

2015 wollten viele Flüchtlinge in der EU Schutz suchen. Länder wie Griechenland waren damit zunehmend überfordert. Aber einige andere Staaten lehnten es ab, Menschen in Not aufzunehmen oder nahmen nur sehr wenige auf. Bislang gibt es in der EU keine Einigung darüber, wie Flüchtlinge auf die Länder verteilt werden sollen.



Foto: Fotolia/Cyprus/Anja

Schwierige Verhandlung.

Das Handelsabkommen Ceta zwischen der EU und Kanada wäre beinahe gescheitert – am Widerstand der kleinen belgischen Region Wallonien. In letzter Minute wurde der Vertrag noch gerettet. Ceta tritt vorläufig in Kraft, wenn das Europaparlament zustimmt. Danach braucht der Vertrag das Ja aller 28 Mitgliedsstaaten. Der Prozess könnte daher noch Jahre dauern.

Raus aus Europa.

Bei der Volksabstimmung im Juni 2016 entschied eine knappe Mehrheit der Briten, dass ihr Land aus der Europäischen Union austreten soll. Durch den Brexit verliert die EU ihre zweitstärkste Wirtschaftsmacht und das Land mit der drittgrößten Bevölkerung. Die Folgen sind noch unklar.



Foto: Fotolia/KF-L

Sicher einkaufen.

Woher wir wissen, ob Kühlschrank oder Drucker sicher funktionieren? Mit dem sogenannten Kennzeichen CE dokumentiert der Hersteller, dass ein Gerät gesetzlichen Anforderungen entspricht. Egal, ob es in Deutschland, Portugal oder der Slowakei hergestellt wurde. Häufig bestätigt außerdem eine Prüfstelle, dass mit dem Gerät alles okay ist.



Foto: Fotolia/arsdigital

Freie Fahrt für alle.

Wer nach Frankreich, Österreich oder Polen reist, tut dies schnell und einfach ohne Grenzkontrolle. Die Freizügigkeit innerhalb der EU gilt seit 1995, als das sogenannte Schengener Abkommen in Kraft trat. Zur Sicherheit werden internationale Flughäfen weiterhin kontrolliert, ebenso die EU-Außengrenze, also zum Beispiel zwischen Polen und der Ukraine.

Angespanntes Klima.

Die EU unternimmt einiges, um den Klimawandel zu begrenzen. Jedoch sind dabei vor allem die Mitgliedsstaaten gefragt. Weil jedes Land die eigene Wirtschaft schützen will, geht es oft langsam voran. Polen heizt mit Kohle, Deutschland stellt viele Autos her, die immer noch Benzin als Kraftstoff brauchen – beides schadet dem Klima.



Foto: Fotolia/insomnias

Kompass fehlt.

Soll Europa größer oder kleiner werden? Soll die EU schneller entscheiden oder mit mehr Bürgerbeteiligung, also langsamer? Offensichtlich haben davon die 28 Staaten unterschiedliche Vorstellungen. Ein gemeinsames Ziel fehlt. Für dieses Grundproblem muss die EU bald eine Lösung finden.

[rab]



Constanze Krehl zeigt ihre Zugangskarte zum EU-Parlament in Brüssel. Im Hintergrund zu sehen: das Ausbildungszentrum „Garage“ in Leipzig, das mit EU-Mitteln gefördert wurde.

Interview

„Die EU ist die einzige vernünftige Antwort“

Foto: Anja Jungnickel

Constanze Krehl sitzt seit 22 Jahren für Sachsen als Abgeordnete im Europäischen Parlament. Manchmal ist die SPD-Politikerin frustriert. Dennoch glaubt sie, dass wir die EU brauchen.

Was haben wir in Deutschland und Sachsen von der Europäischen Union?

Reisefreiheit. Junge Leute können überall studieren und Praktika machen, sogar finanziell gefördert. Wir haben den Euro, müssen kein Geld umtauschen. Diese Dinge bemerkt jeder im Alltag. Wir haben außerdem ausgezeichneten Umweltschutz und sauberes Trinkwasser, was direkt auf EU-Gesetze zurückgeht. Ich könnte noch einiges mehr nennen. Nicht zuletzt gibt es viele Fördergelder, gerade für Sachsen.

Sie sind eine von mehr als 700 EU-Abgeordneten. Wie stark können Sie persönlich Entscheidungen beeinflussen?

Ohne mich würde es die jetzige Förderpolitik für die Europäischen Regionen nicht geben. Und vielleicht hat der ein oder andere doch mal gehört, dass ich zusätzliches Geld für Sachsen herauschlagen konnte. Ich bin stolz drauf, weil man es sieht, wenn man mit offenen Augen durch die Städte geht.

Können Sie nachvollziehen, dass manche die EU als Diktatur empfinden?

Das kann ich nicht. Ich habe eine Diktatur erlebt, das ist weiß Gott etwas anderes. Bei uns gibt es überall Presse-, Rede- und Demonstrationsfreiheit. Ich kann aber nachvollziehen, dass viele die komplexen Prozesse nur schwer verstehen, an denen wir in der EU arbeiten.

Das klingt, als wäre alles super in der EU. Sind Sie nicht auch frustriert, wenn es nicht vorangeht?

Wenn wieder tausend Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet wurden und unklar ist, was mit denen passiert, weil wir uns nicht auf eine Flüchtlingspolitik geeinigt haben. Wenn in Großbritannien eine knappe Mehrheit für den EU-Austritt stimmt und dort junge Leute sagen, sie wären gerne drin geblieben und die Alten rauben ihnen die Zukunft. Das ist frustrierend.

Funktioniert das System EU, wenn man sich doch in vielen Fragen nicht einigen kann?

Das System funktioniert. Aber man muss sich das wie eine große Familie vorstellen, in der jeder andere Ideen hat. Wir müssen Kompromisse finden. Das ist nie einfach und es kostet Zeit.

Das machen Sachsens EU-Abgeordnete

Abgeordnete des EU-Parlaments sind sehr viel unterwegs. Die meiste Zeit verbringen sie in Brüssel (Belgien). Dort arbeiten sie in Ausschüssen und treffen Fraktionskollegen. Constanze Krehl ist zum Beispiel Mitglied im Regionalausschuss, wo unter anderem um die EU-Fördermittel gerungen wird, und im Ausschuss Digitale Agenda, in dem es um Fragen des Internets geht. Mindestens einmal pro Monat sind die Abgeordneten in Straßburg (Frankreich), wo das große Plenum tagt. Die sitzungsfreien Wochen sind für Dienstreisen oder die Arbeit im Wahlkreis gedacht. Streng genommen gibt es bei der Europawahl gar keine Wahlkreise. Die EU-Parlamentarier werden nicht direkt, sondern über Listen der Parteien gewählt. Das heißt, man wählt bei der Europawahl eine Partei, die dann bestimmt, welche Politiker ins EU-Parlament einziehen. Die Landesverbände der Parteien achten darauf, dass ihr Bundesland ausreichend stark vertreten ist. Aus Sachsen sitzen neben Constanze Krehl (SPD) drei weitere Abgeordnete im EU-Parlament: Cornelia Ernst (Linke), Peter Jahr und Hermann Winkler (beide CDU).

Wir Deutschen könnten doch aber auch sagen, wir regeln alles wieder allein ...

Die Engländer werden leider noch ziemlich heftig spüren, dass das nicht die klügste Entscheidung gewesen ist.

Warum?

Weil die EU die einzige vernünftige Antwort auf die Globalisierung ist. Deshalb bin ich auch überzeugt, dass es sie noch lange geben wird. Wer soll die Globalisierung sonst gestalten? Zurück in den Flaschenhals stopfen können wir sie nicht.

faktencheck

Noch mehr Infos und Faktenwissen zu: Europäische Union (EU), EU-Binnenmarkt, Europa 2020, Handelsabkommen, Schengener Abkommen, Vertrag von Lissabon u. v. m. Die Antworten darauf gibt's auf ...

wtf.slpb.de

#DankeEuropa



5 BAUWERKE

..., die es ohne die EU nicht
(mehr) geben würde



Foto: Wikimedia Commons – Unukomo

Schloss Freudenstein in Freiberg

Im 12. Jahrhundert ursprünglich als Burg zum Schutz des Silberbergbaus in Freiberg errichtet, verfiel das einstige Residenzschloss Freudenstein im Laufe der Zeit stark. Für gut 35 Millionen Euro wurde die Anlage von Grund auf erneuert, wobei über 18 Millionen aus dem Europäischen Regionalfonds kamen. Nun zeigt das Museum „Terra mineralia“ funkelnde Schönheiten aus dem Inneren der Erde.

Die EU will, dass es den Menschen in Europa besser geht – Wohlstand ist ein erklärtes Ziel. Deshalb gibt Brüssel viel Geld aus, um etwa die Lebensqualität im ländlichen Raum zu steigern

oder um Forschern bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Ohne die EU-Förderung hätte Sachsen viele Bauprojekte gar nicht oder nur sehr langsam stemmen können.

Hochwasserschutz Grimma



Foto: Jan Wolke

2002 kämpfte Sachsen gegen die Flut. Bis zu dreieinhalb Meter hoch stand das Wasser in Grimma und hinterließ enorme Schäden. Danach begann das Land den Bau eines aufwendigen Hochwasserschutzesystems. Die Grimmaer Flutwand wird zwei Kilometer lang, bis zu zwölf Meter tief und bindet die historische Stadtmauer ein. Kosten: rund 58 Millionen Euro. Etwa die Hälfte davon ist EU-Geld.

Technikum Werner-Hartmann-Bau der TU Dresden



Foto: Michael Meyer

Das neue Technikum der TU Dresden bietet Forschern optimale Bedingungen. Unter einem Dach ist hier alles beisammen: High-Tech-Labore unter Reinraumbedingung, Besprechungsräume, Lager. Baukosten: gut 32 Millionen Euro, davon knapp 24 Millionen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Bürgergarten Stollberg



Foto: 360-antop.de

Deckenmalerei, Stuck, mächtige Säulen: Der Saal des Bürgergartens in Stollberg bildet heute wieder den glänzenden Rahmen für Veranstaltungen aller Art. Nach der Wende stand das Traditionshaus jahrelang leer und verwahrloste – bis Stadt und Bürgerverein den Umbau starteten. Die Kosten von vier Millionen Euro übernahm zu 75 Prozent die EU.

Altstadtbrücke Görlitz



Foto: Frank Vincentz

Wie kein anderes Bauwerk in Sachsen steht die Görlitzer Altstadtbrücke für das Zusammenwachsen Europas. Am Ende des Zweiten Weltkriegs zerstört, wurde sie nach der Wende modern wieder aufgebaut. Seit 2004 gelangen Fußgänger über die Neiße von Görlitz in das polnische Zgorzelec – ohne Grenzkontrolle. Von reichlich drei Millionen Euro Baukosten übernahm die EU knapp 1,2 Millionen.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB), Schützenhofstraße 36, 01129 Dresden, wtf.slpb.de

REDAKTION

Thomas Platz, Referent Öffentlichkeitsarbeit (V.i.S.d.P.), Telefon: 0351/853 18 21, E-Mail: thomas.platz@slpb.smk.sachsen.de; STAWOWY: Nicole Kirchner (Redaktionsleitung, nik), Romina Stawowy, Peter Stawowy

MITARBEIT AN DIESER AUSGABE

Rafael Barth (rab), Alexander Laboda (ala), Sebastian Martin (sem), Robert Reinhold (Infografik)

FOTOS

Frank Grätz (Titel), Anja Jungnickel, PR

GESTALTUNG

STAWOWY: Tony Findeisen

AUFLAGE

55.000 Exemplare

DRUCK

DDV Druck GmbH

VERTEILERHINWEIS

#wtf?! wird als Informationszeitschrift von der SLpB im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

3 gute Gründe zur Gründung der EU

Frieden für alle. Nach dem Zweiten Weltkrieg lag Europa in Trümmern. Eine solche Katastrophe durfte sich nicht wiederholen. Der Zusammenschluss Europas sollte jahrhundertalte Feindschaften beenden, Nationalismus verhindern und dafür sorgen, dass die einzelnen Staaten besser miteinander klarkommen, ohne sich wieder gegenseitig mit Krieg zu drohen.

Ein gemeinsamer Markt. Mehr Zusammenhalt gelingt nicht allein durch Politik. Darum wurde 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet. Die Ziele: ein gemeinsamer Markt, ein leichter Handel zwischen den Ländern durch den Abbau von Zöllen, eine einheitliche Währung. Heute ist der EU-Binnenmarkt der größte der Welt.

Grundlegende Rechte. Jeder EU-Bürger darf dort wohnen und arbeiten, wo er möchte – ohne ein Arbeitsvisum. Man soll überall würdig behandelt werden, das schreibt die Europäische Menschenrechtskonvention seit 1953 vor. Wer seine Grundrechte verletzt sieht, kann sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden. [rab]